

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementspreis frei Haus halbjährlich 1.— Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 1.96 Reichsmark einschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreis für die neungefaltene Millimeterzelle 10 Reichspfennig, bei Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die dreifache Millimeterzelle 50 Reichspfennig.

Nummer 59

Montag, 27. März 1933

46. Jahrgang

Reichskommissar kündigt Arbeitsdienstpflicht an Einberufung ganzer Jahrgänge

In einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ton und Bild (Degeto), in der das Filmwerk „Unsere Zukunft liegt in Deutschland“ vorgeführt wurde, hielt der neuernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Studienrat Mahlenz, eine kurze einleitende Ansprache, die sehr bemerkenswerte Feststellungen enthielt. Er sagte unter anderem, daß alle zur Mitarbeit und Entscheidung über den Arbeitsdienst berufenen Stellen bei ihren letzten Besprechungen völlig übereinstimmender Auffassung über die Gestaltung des Arbeitsdienstes gewesen seien.

Schon in den nächsten Tagen werde die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Generalplanes zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte beschlossen werden.

In den verschiedenen Bezirken würden dann sofort die vorhandenen Führerkräfte eingeteilt werden. Es sei selbstverständlich, daß auf die Männer, die sich im Freiwilli-

gen Arbeitsdienst in vielen Jahren Erfahrung und Verdienste erworben hätten, nicht verzichtet werden könne, sondern daß nur Tat und Leistung zu entscheiden haben. Schon im Sommer hoffe man, organisatorisch so weit zu sein, daß genügend Führerkräfte vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einzuberufen. Die Arbeitsdienstpflicht habe die große Aufgabe, zur Pflicht gegenüber Volk und Vaterland zu erziehen und die Erkenntnis zu wecken, daß Arbeit nicht ein notwendiges Übel, sondern ein Segen sei. Die gewaltige Kraft der Arbeitsdienstpflicht werde eingesetzt in den Dienst der Bodenkultur (Wiedlandkultur, Meliorationen, Aufforstung) und andere wichtige Arbeiten wie z. B. Hochwasserbesch. Die sich daraus ergebende landwirtschaftliche Schulung vieler Männer käme der Siebung und damit dem national- und bevölkerungspolitischen Gedanken zugute.

Die Sondergerichte

Brandstiftung im Reichstag kommt vor das Reichsgericht

W.B. Berlin, 27. März

Der preussische Justizminister hat eine Ausführungsverordnung über die Bildung der Sondergerichte bekanntgegeben. Danach werden in Preußen 13 Sondergerichte gebildet, und zwar in Berlin, Breslau, Hannover, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Kassel, Altona, Elbing, Königsberg, Köln, Halle und Stettin. Die Sondergerichte haben vor allem Straftaten zu ahnden, die in den Verordnungen zum Schutze des deutschen Volkes und über heimtückische Angriffe gegen die Mitglieder von Regierungen ausgeführt werden. Die Zuständigkeit des Reichsgerichts und der Oberlandesgerichte soll nicht berührt werden. Das bezieht sich vor allem auf die schwereren Fälle von Hochverrat, deren Verfolgung weiterhin beim Reichsgericht liegen wird, während das Reichsgericht bereits durch die Verordnung vom 18. März ermächtigt wurde, kleine Hochverratsfäden an die Oberlandesgerichte weiter zu geben. Da es sich bei der Brandstiftung im Reichstag um einen außerordentlich schweren Anschlag gegen das deutsche Volk handelt, hört man, daß von der Lübbe und seine Mittäter vom Hochverratsfaden des Reichsgerichts abgeurteilt werden dürften, nicht aber von den Sondergerichten.

Ergänzend wird noch bekannt, daß die Vernehmungen wegen der Brandstiftung im Reichstag ihren Fortgang nehmen, aber schon in absehbarer Zeit zum Abschluß kommen dürften. Erst dann werde sich zeigen, auf welches Delikt die offizielle Anklageschrift lauten wird. Ein strafrechtlicher Haftbefehl sei in dieser Angelegenheit bisher lediglich gegen van der Lübbe ergangen, während polizeilicherseits allerdings auch im Zusammenhang mit diesem Verbrechen eine Anzahl Schuhhaftbefehle ausgesprochen seien.

Die Greuel-Propaganda

Was wir dazu sagen

In den letzten Tagen sind im Ausland zahlreiche Meldungen verbreitet worden, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Es sind in erster Linie Meldungen über Tatenverfolgungen, die einer objektiven Nachprüfung keineswegs standhalten.

Die Reichsregierung und ihre Presse suchen die Urheber der falschen Nachrichten, die in letzter Zeit zu Dutzenden in die Auslandspresse gelangt sind, in den Reihen der Sozialdemokratie. Das ist ein Irrtum, gegen den wir uns entschieden verwahren müssen. Wie die Regierung, so haben auch wir uns immer wieder gegen Falschmeldungen gewehrt. Aber wahrheitlich wäre es nie zu einer derartigen Zahl von unwahren Greuelmeldungen gekommen, wenn die Regierung der gesamten Presse die Freiheit gewähren würde, von sich aus der Aufklärung aller Falschmeldungen entgegenzutreten. Wir können infolgedessen auch heute erst mitteilen, daß die Meldung, der sozialdemokratische Abgeordnete Böckel in Chemnitz sei ermordet worden, auf Unwahrheit beruht.

Aussage französischer Journalisten

Die Berliner Korrespondenten des „Journal“ und des „Petit Parisien“ berichten über den Besuch, den ausländische

Journalisten im Gefängnis des Alexanderplatzes vier politischen Häftlinge, nämlich Thälmann, Torgler, Ludwig Renn und Karl von Ossietzky, haben abfragen können. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ spricht sich dahin aus, daß er der Wahrheit gemäß erklären müsse, daß er alle vier genannten Häftlinge am Leben vorgefunden habe und daß keiner von ihnen eine Verletzung aufgewiesen habe. Auf Fragen der Journalisten hätten die Häftlinge zwar einsilbig geantwortet, aber nicht Beschwerde geführt.

Nationalsozialismus - Außenhandel - Gewerkschaften

(Von unserem Hamburger EG-Mitarbeiter)

Eine etwas merkwürdige Gegenüberstellung, meinen Sie? Es wird gleich zu beweisen sein, daß Bestrebungen und Strömungen an die Oberfläche drängen, die eine realere Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Außenhandel zum Ziel haben, als das bisher der Fall war — übrigens eine Naturnotwendigkeit, die von uns stets betont worden ist, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Und damit rücken auch die Gewerkschaften schon in den Gesichtskreis: denn sie sind als Vertreter der Arbeitnehmererschaft sehr lebhaft daran interessiert, daß Deutschlands Industrie und Handel nicht durch autarkische Abschließung vom Ausland eines Teiles ihrer Lebensmöglichkeiten beraubt werden. Doch berichten wir der Reihe nach.

In den Hansestädten konnten die Nationalsozialisten auf Grund ihrer stark an einer „Binnenwirtschaft“ orientierten Wirtschaftsforderungen bei weitem nicht so stark Boden fassen, wie in anderen Gebieten; selbst nach der Wahl vom 5. März fehlen der beiden Regierungsparteien mehrere Prozent an der Mehrheit der Stimmen. Und aus den gleichen Erwägungen hegte die Hamburger Wirtschaft starke Bedenken gegen einen nationalsozialistischen Bürgermeister, die erst im Zuge der letzten Verhandlungen schwächer wurden, als der Kandidat in der Person des Reederers Karl Vincent Krogmann präsentiert wurde. Krogmann ist erst kurz vor seiner Wahl in die Partei eingetreten, galt aber seit langem als „nahestehend“ und als Wirtschaftsberater des Braunen Hauses. Er hat in seiner bisherigen kurzen Amtszeit nunmehr schon drei Neuerungen für einen starken Außenhandel, z. T. mit offener Spitze gegen die deutsche Handelspolitik, wie sie auch die landwirtschaftlichen Kreise bei den Deutschnationalen und Nationalsozialisten verlangen, getan, die einen Ausblick auf die nächstliegenden Fragen des handelspolitischen Kurzes eröffnen. In einem Brief an den „Bund für freie Wirtschaftspolitik“, dessen Vorstand Bürgermeister Krogmann angehört, schreibt er u. a.:

„Der Wiederaufstieg unserer Wirtschaft ist weithin eine Frage der Erhaltung und der Erweiterung unseres Außenhandels. Die Möglichkeit für seinen Aufschwung besteht durchaus, sie muß aber fruchtbar gemacht werden durch eine Politik, die klar und beharrlich auf eine Stärkung unseres Anteils am Handel der Welt hinstreut und zugleich eine Erholung und Ausweitung des gesamten Welthandels beahndelt. Die Er-

Reich und Länderparlamente

Gleichhaltung nach dem Ergebnis vom 5. März

Die Reichsregierung wird sich am Dienstag oder Mittwoch mit einem Gesetzentwurf befassen, der im Grundsatze vorseht, daß die Reichstagswahlen vom 5. März auch auf Länder und Gemeinden, in denen am 5. März oder später keine Wahlen stattgefunden haben, angewendet werden sollen. Das Ergebnis vom 5. März soll einfach arithmetisch projiziert werden, d. h. die Einzelergebnisse in den Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden werden so ausgewertet, als wenn sie nicht für den Reichstag, sondern für den Landtag, für die Gemeindevertretung usw. bestimmt gewesen wären. Die Parteien erhalten das Recht, Kandidatenlisten aufzustellen, und entsprechend der bei den Reichstagswahlen auf sie örtlich oder regional entfallenen Stimmzahl werden diese Kandidaten für gewählt erklärt.

Flugzeug-Absturz in Kalifornien

Fünfzehn Tote

Aus San Leandro (Kalifornien) berichtet das S. F. vom 26. März:

Durch den Absturz eines Flugzeuges, das auf ein Haus fiel, wurden 15 Personen getötet. Die Maschine, in der sich drei Personen befanden, fiel so unglücklich auf das Dach des Hauses, daß dieses durchbrach und die Balken sowie Teile des Flugzeuges in ein Zimmer stürzten, in dem sich gerade eine Gesellschaft befand. Außer den drei Insassen des Flugzeuges wurden zwölf Mitglieder der Gesellschaft auf der Stelle getötet.

Der Austritt Japans

aus dem Völkerbund

W.B. Tokio, 27. März

Die vom Geheimen Rat gebilligte Note über den Austritt Japans aus dem Völkerbund ist vom Kaiser unterzeichnet und bereits nach Genf gedrahtet worden.

kenntnis, daß der internationale Warenaustausch der wesentlichste Faktor zur Befreiung aus dieser Wirtschaftskrise ist, ist in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen, dagegen haben die autarkischen und hochschutzzöllnerischen Bestrebungen einen höchst gefährlichen Anfang angenommen. Zusammen mit einer kurzfristigen Interessenspolitik führt eine romantische, vielfach von Demagogen und Literaten irreführende Volksbewegung zu fortgesetzten Störungen unserer Wirtschaft, die gerade im Begriff ist, sich aus ihrer schwersten Krise langsam zu erholen. Noch ist die Gefahr der Kontingentierung nicht beseitigt, da werden schon neue Abschließungsmaßnahmen verhängt, die Handel, Schifffahrt und Industrie schädigen und der Landwirtschaft nicht helfen. Der Reichslandbau führt einen fanatischen hemmungslosen Kampf gegen Handel und Industrie, dessen vergiftender Wirkung nur durch eine umfassende sachliche Aufklärung begegnet werden kann.“

In zwei öffentlichen Reden hat Bürgermeister Krogmann den gleichen Standpunkt vertreten und einmal sogar geäußert, daß der Reichsminister Hitler seine Ansichten teile:

„Ich glaube es aussprechen zu dürfen, daß der Führer heute die Wichtigkeit eines starken Außenhandels und einer starken Schifffahrt voll erkannt hat und daß er seinen Einfluß mit aller Schärfe geltend machen wird, daß eine weitere Schädigung des Außenhandels nicht erfolgt, sondern im Gegenteil der Außenhandel mit allen Mitteln gefördert wird.“

Erst die praktische Durchführung der im Einzelnen heute noch nicht bekannten Maßnahmen wird Klarheit darüber verschaffen können, in welchem Grade die Regierung ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Förderung des Außenhandels verwirklichen wird. Der in der Regierungserklärung erfolgte Vorantstellung der Rettung unserer Landwirtschaft folgt der Hinweis, daß der Regierung nichts ferner liege als Exportfeindlichkeit. Hier tut sich ein sachlicher Gegensatz auf, der stets und in allen Industrieländern vorhanden ist und dessen Lösung von den in der Praxis getanen Schritten abhängt: die Beeinträchtigung der Ausfuhrwirtschaft durch Maßnahmen gegen die Einfuhr, die im Interesse der Landwirtschaft oder binnenmarktsorientierter Industrien liegen mögen. Krogmann hat allerdings mit Recht in der oben zitierten Kritik angedeutet, daß durchaus nicht jede Maßnahme zur Drosselung der Einfuhr der deutschen Landwirtschaft auch Nutzen bringt.

Wichtig ist in dieser Frage zunächst, daß innerhalb des Nationalsozialismus an verantwortlicher Stelle Feind-

Unterschleife in der Allgem. Ortskrankenkasse

Dreger und Landau unter schweren Beschuldigungen

Belastendes Material

Lübeck, den 27. März

Am Sonnabend nachmittag wurde die hiesige Presse zu einer Besprechung in die Ortskrankenkasse geladen, in der ihr Mitteilung über Vergehen des Direktors Dreger und des Bürovorstehers Landau gemacht wurden. Da die Angelegenheit bereits die Staatsanwaltschaft beschäftigt, und die so schwerer Amtsvergehen Beschuldigten sich nicht dazu äußern konnten, so wollen wir uns vorerst auf eine sachliche Wiedergabe des Gehörten beschränken. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß wir die Machenschaften Dregers auf das allerhöchste verurteilen. Trifft das Vorgebrachte zu, woran nach der ersten Untersuchung nicht zu zweifeln ist, dann hat sich Dreger als ein Schädling der Arbeiterschaft entpuppt, der ihres Vertrauens nicht würdig war. Dreger mußte sich nach seinem ersten Prozeß, der mit einem Freispruch endete, erst recht in acht nehmen.

Die übergroße Mehrheit einer starkbesuchten Parteiversammlung forderte damals seinen Ausschluß; er kam mit einer dreijährigen Achtung später davon. Dieser Denktettel hat ihm nicht genügt.

Daß Dreger mit der Ueberführung der Tat aufgehört hat ein Mitglied unserer Gemeinschaft zu sein, ist so selbstverständlich, daß kein weiteres Wort darüber verloren zu werden braucht. Jede, auch die kleinste nachgewiesene Veruntreuung an Gemeinschaftsgut wurde stets und immer mit dem Ausschluß beantwortet. Dafür steht die Arbeiterschaft gerade. Das andere ist Sache des Gerichts.

Die Verfehlungen Dregers decken wir wie gesagt nicht im geringsten. Sie sind an sich verurteilungswert und zeugen gegen jede Moral, sie schaden aber auch der Arbeiterschaft ungeheuer und tragen gerade in heutiger Zeit zu deren Verfermung ganz besonders bei. Er hat das in ihn gesetzte Vertrauen schwer mißbraucht. Daß ungetreue und vertrauensunwürdige Kreaturen in allen Kreisen vorkommen, ist bekannt und wird erst wieder durch den Fall Gerke erwiesen. Deshalb dürfen Einzelfälle nicht zu Lasten einer Gesamtheit gebucht werden.

Staatskommissar Bannemann erinnerte an den vergangenen Dreger-Prozeß, der ihm keine Lehre gebracht habe. Dreger habe korrupt gewirtschaftet und persönliche Vorteile allerwege gezogen. Die moralische Qualifikation zum Krankenkassendirektor habe ihm völlig gefehlt. Leider hätten die Vorstandsmitglieder dessen Charakter nicht erkannt und es steht zu befürchten, daß sie zum Teil von den unfauberen Geschäften Dregers gewußt hätten. Dreger kehre auf keinen Fall in sein Amt zurück. Die Untersuchung bei der Staatsanwaltschaft sei noch nicht abgeschlossen, es sei aber sehr wahrscheinlich, daß noch große Schiebung, die in die Taufel gehen, aufgedeckt würden.

Die Verfehlungen

Der kommissarische Direktor der Ortskrankenkasse, Herr Leufefeld, ging auf Einzelheiten der Verfehlungen ein. Er erklärte, schon die ersten zwei Stunden der Prüfung hätten so viele Beweise für die Untreue Dregers ergeben, daß Schußhaft verhängt werden mußte. Landau sei ihr nur durch seine schwere Krankheit entgangen. Dagegen habe sich das Personal der Ortskrankenkasse durchaus korrekt benommen.

Dreger wird u. a. zur Last gelegt, eine Angestellte zur Unterschrift einer falschen Rechnung genötigt zu haben; bei der Lieferung von zwei Schweinen nach dem Erholungsheim Raseburg hat er einen höheren Preis und zwei Zentner Lebendgewicht mehr in Rechnung gestellt; er ließ sich nämlich ein drittes Schwein in seine Wohnung bringen. Der Lieferant wußte bei seiner Vorladung gleich um was es sich handelte und erklärte, von dem Ueberpreis nichts erhalten zu haben. Ueberraschend viel Riez und Dung wurde auch für die Erholungsheime gebraucht; niemand wußte, wohin das Material gekommen ist. Da der Lieferant Gastwirt ist, wird vermutet, daß durch diese Schiebung Zechschulden Dregers bezahlt wurden. Ebenso wurde mehr Holz geliefert als der Schuppen zu fassen vermochte. Ein Auto voll kam in Dregers Wohnung. Bei einer Kokslieferung von 350 Zentner nach dem Erholungsheim Raseburg sollten 50 Zentner nach Dregers Wohnung gebracht werden, der Wagen wurde aber noch rechtzeitig abgefangen.

Bei Weihnachtseinkäufen für die Erholungsheime mußte ein Geschäftsmann 20 RM. Ueberpreis in Rechnung stellen, die Dreger von ihm geliehen hatte; auch kam ein Teil der Waren in Dregers Wohnung. Für sein Motorboot ließ sich Dreger wiederholt Kannen Benzin aus den Vorräten der Ortskrankenkasse durch den Chauffeur nach Hause bringen; für seine Mutter ließ er sich 100 RM. für Zahnerfah bewilligen, obwohl nur 50 RM. Zuschuß gegeben werden durften. Dieser Zahnerfah wurde nicht geliefert, wohl aber die 100 RM. von D. abgehoben. Ebenso ließ er sich 54 RM. zu einem Schwerhörigenapparat für seine Mutter bewilligen, tauschte dafür aber einen Photoapparat ein, der nicht mehr auffindbar ist. Ohne Verordnung ließ er sich einige Risten Fachinger Wasser nach Hause schicken und für seine Frau Heißluft- und Massagebehandlung zu vollem Preis bewilligen. In seinem Hause fand man eine der Ortskrankenkasse gehörige Schreibstischgarnitur; ein Lufterdormotor, der zu D. für das Heim in Raseburg gebracht worden war, ist nicht mehr auffindbar. Verschunden ist auch eine Konsole mit Palmen, die im Vorraum der Ortskrankenkasse gestanden hatte. Ueber den Verbleib eines Staubsaugers zum Preise von 240 RM., der Frau Dreger vorgeführt wurde, ist man in

Unkenntnis. Eine Konservenlieferung wurde mit 10 Pf. Aufschlag pro Dose berechnet, um private Verpflichtungen zu tilgen. Ueberpreise mußten durchweg zugunsten Dregers in Rechnung gestellt werden.

*

Bürovorsteher Landau ließ einen der Ortskrankenkasse gehörigen Rachel- und einen Gasbadeofen in seiner Wohnung aufstellen und sich 30—40 Zentner Feuerung als Provisionszahlung ins Haus liefern. Auch eine der Ortskrankenkasse gehörige Schreibstischuhr nahm er mit.

Ueberaus groß war der Zigarrenverbrauch bei Sitzungen. Einmal für 23 RM. Um die Sache zu verdecken, wurde ein Geschäftsmann veranlaßt, eine Kiste Lanolinseife in Rechnung zu stellen.

Dann seien mit dem Auto Sprigttouren nach dem Raseburger Heim gemacht und dort Tafelien und Gelage veranstaltet worden, die fast ausnahmslos von der ORK. bezahlt werden mußten. Teilweise wurde dort auch übernachtet. Eine Wirtschaftlerin mußte wegen moralischer Diskonfession entlassen werden. Das Heim selbst sei verschwenderisch ausgestattet. 50 Wolldecken für die Heime habe man den freien Jugendverbänden zur Verfügung gestellt.

Die Wirtschaftseinrichtungen der ORK. seien überhaupt zu teuer und ließen jeden Versuch zur Sparsamkeit vermissen. Das Versicherungsamt habe verschiedentlich Einspruch erhoben. Die Verwaltung verschlinge 13 Prozent, eine sparsamere Verwaltung verbürge geringere Beitragsleistung. Ein übles Kapitel seien die Sitzungsgelder. Alle Bemühungen, abzubauen, scheiterten am Widerstand Dregers. Auch dem Chauffeur und Angestellten seien Sitzungsgelder bewilligt worden, obwohl sie faktisch mit den Sitzungen nichts zu tun hatten.

*

Das Vorgebrachte sei aber noch nicht alles. Es sei sicher, daß man bei den weiteren Nachprüfungen weit größeren Veruntreuungen und Unterschlagungen auf der Spur sei. Dreger wurde ohne Gehalt und Pension fristlos entlassen, Landau die Pension entzogen. Eine gesündere Entwicklung sei jetzt angebahnt und werde durchgeführt.

Luxuriöse Einrichtungen

Nach diesen Mitteilungen wurde ein Rundgang durch die Räume gemacht, wobei die sogenannten noblen Einrichtungen besonders beachtet wurden, als da sind: das Direktionszimmer mit Eichsignalen, Eichenmöbeln und Wandtafelung, die übrigens schon beim Neubau vorgenommen wurde, wo Dreger als Direktor gar nicht in Frage kam. Auch das Sitzungszimmer fand besondere Beachtung. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten; wir glauben aber hier doch bescheiden einschreiten zu dürfen.

Neue Münzen kommen

Als Ueberbringer nach der Bankkatastrophe vom Juli 1931 Geld hamsterten und damit aus dem Verkehr zogen, begann man mit der Vermehrung des umlaufenden Silbergeldes, das bisweilen als einziges Zahlungsmittel an der Tagesordnung war, während man Papiergeld nur selten zu sehen bekam. Vermehrung des Silbergeldes, die unberechtigterweise Anlaß zu zahlreichen haltlosen Gerüchten gab, brachte im täglichen Geldverkehr



Geld, frisch aus dem Ofen. Eben fertiggestellte Münzen werden zur Abkühlung mit Wasser übergossen.

oft erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Wenn große Firmen für ihre Lohnzahlungen die Lohnsummen auf der Reichsbank abheben ließen, so mußten sie direkt, wobei verhältnismäßig kleinen Beträgen stets mit Autokenn des Staatsbankiers. Die Menge Silbergeld, die ihnen für überliche Zustimmung des Geldscheinen ausgehändigt wurde, betrug bis 20

das, wenn ein Neubau hergerichtet wird, auch der Geschmack und die Kunst des Handwerks Beachtung finden muß. Eine Wandtafelung stellt sich auf die Dauer billiger als Anstrich und Tapete.

Beauftragte von der neuen Verwaltung und Oberaufsicht wird die Arzneimittelabteilung und besonders die Röntgen- und Höhensonne-Einrichtung. Wir fühlen uns zu einem sachmännlichen Urteil nicht berufen; aber wenn schon derartige Einrichtungen geschaffen werden, dann müssen sie auch dem neuesten Stand der Technik und Wissenschaft entsprechen. Uebrigens ist der Selbstvertrieb von Verbands- usw. Mittel eine alte Forderung der Krankenkassen zur sparsamen Verwaltung.

Eine andere Frage ist die Anschaffung einer Anzahl recht kostspieliger Maschinen für den Vürobetrieb. Rationalisierung ist gut und notwendig, wenn es ein ausgebehneter Verwaltungsapparat bedingt. Wir kennen die Kostenberechnungen und Ersparnisgründe nicht, die zu der maschinell betriebenen Buchführung führten, aber wir wollen gern annehmen, daß sie in diesem Ausmaße nicht notwendig gewesen wäre, da die Maschinen nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden können. Schließlich waren zu der Anschaffung all dieser Neuerungen nicht nur Dreger und die Arbeitnehmerbeisitzer maßgebend, sondern der Gesamtvorstand, zu dem auch die Arbeitgeber zählen und unter denen sich auch Kaufleute — wie wir annehmen, erfahrene ihres Berufes — befinden. Bei all dem heute Beauftragten darf man aber auch nicht das Gute vergessen, das im Laufe der Jahre zweifellos zum Nutzen der Kasse und ihrer Mitglieder geschaffen wurde. — Das Weitere werden die Gerichte sprechen.

*

Eine Richtigstellung

Der Vorsitzende des Vorstandes der Ortskrankenkasse schreibt uns: Dem früheren Direktor Dreger werden Dinge zur Last gelegt, die jeder anständige Mensch verurteilen muß. Die Mutmaßung aber, daß Vorstandsmitglieder mit diesen unfauberen Geschäften verknüpft seien, veranlaßt mich, schon bevor die Untersuchung abgeschlossen ist, ein paar Worte zu sagen:

Alle Lieferungen, die für die Ortskrankenkasse gemacht werden, werden von der Direktion und von der betreffenden Abteilung geprüft und mit dem Vermerk versehen, sachlich und rechnerisch geprüft. Erst dann gehen sie an den Vorsitzenden zur Unterschrift. Hieraus ist ersichtlich, daß es dem Vorstand gar nicht möglich war, Unregelmäßigkeiten nach der angegebenen Richtung hin festzustellen, weil die Abteilung selbst bezeugt, daß der Anspruch des Lieferanten sachlich und rechnerisch zu Recht besteht. Ebenso erhielt es sich mit den Lieferungen für die Heime. Hier muß ebenfalls die verantwortliche Schwester bescheinigen, daß sie die betreffenden Waren erhalten hat. Das ist in jedem einzelnen Falle geschehen. Man wird doch wohl nicht verlangen wollen, daß der Vorstand zur Nachprüfung der einzelnen Lieferungen jedesmal nach Raseburg fahren soll. Es sei also ausdrücklich festgestellt, daß diese Art der Kontrolle seit Jahren üblich war und niemals vom Versicherungsamt beanstandet worden ist. Wenn das Versicherungsamt als die berufene Instanz verlangt hätte, daß hier eine Aenderung eintreten sollte, es hätte der Vorstand dem selbstverständlich Rechnung getragen. Die Bemerkung, daß vielleicht einzelne Vorstandsmitglieder mit diesen unfauberen Geschäften verknüpft und selbst ihre Vorteile davon hätten, muß ich im Namen des Vorstandes zurückweisen. Die Gerichtsverhandlung wird ja hoffentlich auch hier Klarheit bringen.

Der Vorsitzende:
A. Löwig.

Zentner Metallgeld in Lastwagen von der Bank zum Betrieb transportieren lassen mußten. Von den Unternehmern ging das Geld an die Lohn- und Gehaltsempfänger über, die sich nun ihrerseits mit der schweren Last abschleppen mußten. Manche Hosentasche ist dabei zum Teufel gegangen, und manches Geldstück wurde schneller ausgegeben, weil es ja eine alte Erfahrung ist, daß man Metallgeld immer viel rascher aus der Hand gibt, als Scheine.

Besonders verhaßt waren und sind die riesengroßen Fünfmärkstücker, für die, wenn man mehrere von ihnen bei sich trug, auch die größte Geldbörse zu klein war.

Durch die in diesen Tagen angeordnete Aenderung des Münzgesetzes ist nun die Möglichkeit zur Prägung ganz neuer Münzen gegeben worden. Wie man hört, sollen die großen Fünfmärkstücker verschwinden. An ihre Stelle treten Fünfmärkstücker in der Größe der heutigen Dreimärkstücker, die aber den gleichen Silbergehalt wie die alten Münzen aufweisen. Die Dreimärkstücker selbst, die niemals recht populär geworden sind, sollen ganz aus dem Verkehr gezogen werden, damit keine Verwechslung mit den neuen Fünfmärkstücken vorkommen kann.

Eine wichtige Aenderung wird auch bei den 1-Mark-Stücken vorgenommen werden. Sie, die bisher aus Silber waren, sollen nun aus Nickel geprägt werden und ungefähr die gleiche Größe behalten. Die Nickelmark ist, wie Erfahrungen in anderen Ländern, deren Münzeinheit aus Nickel besteht, zeigen, bedeutend haltbarer als Silber, so daß also die stets einer besonderen Abnutzung unterworfenen Markstücke viel länger ihre Prägung behalten werden.

Wie man hört, sollen auch die 2-Mark-Stücke, deren Größe beibehalten wird, in einer neuen Legierung erscheinen, die sie haltbarer macht.

Es wird zunächst, wenn die neuen Münzen erscheinen, einige Verwirrung und vielleicht manche Verwechslung geben, denn man gewöhnt sich im Laufe der Zeit auf eine ganz besondere Art an die Größe und Schwere der Scheidemünzen. Wenn Münzen längere Zeit im Verkehr sind, sieht man sie wohl kaum mehr, wenn man bezahlt, an; man hat es im Griff, welchen Wert die Münze darstellt. Diese Umgewöhnung wird aber sicher rasch vonstatten gehen, so daß man auch bald mit den neuen Münzen „blind“ bezahlen kann.

Gehaltszahlung. Den Lübeckischen Gehalts- und Versorgungsempfängern wird, wie amtlich mitgeteilt wird, am 31. März 1933 ein weiteres Drittel der Märzbezüge 1933 gezahlt werden.

Rund um den Erdball

Die Millionen des Mr. Woog

Der Erbonkel aus USA.

Streit um wertloses Papier

Es war einmal

Aus Brüssel läßt sich der Tempo berichten: Wie oft hatte man in letzter Zeit von Riesenprozessen gehört, um riesige amerikanische Erbschaften. Familien, ja oft ganze Städtchen stritten sich herum, um eine amerikanische Erbschaft. Der Erbonkel aus USA. war eben immer ein goldener Begriff in ganz Europa gewesen, aber heute ist Amerika nicht mehr Amerika, und die goldenen Erbonkels aus USA. sind verschwunden, und wenn sie sterben, dann kümmert sich keine Behörde und kein Notariat mehr um ihren Nachlaß. Die Erben in Europa interessieren sich auch nicht mehr, denn nur der Dinkel ist da, das Gold ist aber weg.

Vor einigen Monaten aber ergriff ganz Belgien wieder einmal die allgemeine europäische Krankheit,

„das amerikanische Erbschaftsfieber“.

Wieder einmal hatte sich ein Millionär in Newyork, Mr. Woog, in eine bessere Welt begeben, und die vielen Verwandten des in Belgien geborenen Millionärs stürzten natürlich bei der ersten Nachricht zum Rechtsanwalt. Mr. Woog hatte keine Kinder, und da seine Verwandtschaft in Belgien sehr zahlreich war, so bekamen 20 Brüsseler Rechtsanwälte zu tun. Jeder socht schon von vornherein das Testament an, ohne dabei überhaupt zu wissen, ob ein solches bestand! Jeder glaubte, berechtigt zu sein, die Millionen des Mr. Woog zu erben. Und Mr. Woog war wirklich ein sehr zuvorkommender und hilfsreicher Mensch gegenüber seinen späteren Erben.

Als er den Tod nahen fühlte, sandte er sein ganzes Vermögen in Aktienpaketen nach Brüssel, und dort wurden sie in einem Bankfach verwahrt.

Mr. Woog bestimmte mit der Verwaltung des Vermögens einen Ausschuss, gebildet von den Rechtsanwälten seiner Erben.

Mr. Woog war ein kluger Mann, und er wußte, daß nach dem Tode eines Reichen aus Amerika auf alle Fälle zunächst einmal Rechtsanwälte und Gerichte das Wort hatten. Und der Streit um die Millionen begann. Er ging durch alle Instanzen. Weiße Richter und kluge, scharfsinnige Rechtsanwälte trennten die Klagen. Die Erben beschimpften sich untereinander und Beleidigungsprozesse bildeten das Geleit der großen Erbschaftssache. Die Aktienberge wuchsen und auch die Honorare der Rechtsanwälte. Schon sausten die ersten Ohrfeigen zwischen den Erben und im Bankfach lagen die Aktienpakete und erwarteten den Sieger. Endlich kam der Sieger, d. h. es kamen die Sieger,

denn 15 Erben wurden vom Gericht als erbberechtigt erklärt.

Aber die Millionen waren auch genügend groß, um in 15 Teilen noch nicht klein zu erscheinen.

Vor dem Bankfach versammelten sich die Erben und der Notar, denn es hieß im Nachlaß des Mr. Woog, daß das Bankfach mit den Millionen erst nach Beendigung der Prozesse, die er natürlich vorausjah, geöffnet werden dürfte. Aber alle Erben waren froh und heiter, denn sie wußten ja, daß Mr. Woog ein Millionär und kluger Kaufmann war. Das war er auch.

Aber die amerikanischen Krisen kann auch der Klügste nicht voraussehen.

Der Notar war mit dem amerikanischen Geschäft vertraut. Er öffnete das Bankfach, er sah die Aktien, betrachtete sie aufmerksam, um den Erben wenigstens eine genaue Summe zu nennen, und dann sagte der Notar mit ruhiger Stimme eines sachlichen Juristen:

„Die Aktien sind heute nicht einmal so viel wert wie das Papier, auf dem sie gedruckt sind!“

Hier hat ein Wirbelsturm gewütet

Unsere Aufnahme zeigt den Schauplatz eines Tornados, der kürzlich den amerikanischen Staat Tennessee heimgesucht hat: meilenweit sind Ortschaften und Waldungen in ein Trümmerfeld verwandelt, und verzweifelt suchen die Bewohner unter den Ruinen ihrer Wohnstätten nach Resten ihrer Habe.



Todeschuß um ein Mädchen

Im Verlauf eines Streites, der von zwei betrunkenen Männern angezettelt wurde, kam es in der Nacht zum Sonntag in Weissenhof bei Berlin zu einer schweren Schießerei, bei der der 45 Jahre alte Händler Broß durch einen Herzschuß getötet wurde. Der Schütze, ein 39 Jahre alter Oskar Hill, wurde festgenommen. Nach Zeugenaussagen hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt: Hill kam mit zwei Männern, dem Händler Broß und dessen Freund, die beide angekränkt waren, um eines Mädchens wegen in Streit. Die beiden Männer beschimpften Hill und drohten, ihn niederzuschlagen. Der Angegriffene zog jetzt eine Pistole und forderte die beiden Betrunkenen auf, ihn in Ruhe zu lassen. Gleich darauf gab er zwei Schreckschüsse ab. Als die beiden noch immer nicht aufhörten, ihn zu bedrohen, schoss er scharf und traf Broß ins Herz.

Neuer Schienenzeppelin

Der Schienenzeppelin des Dipl.-Ingenieurs Krusenberg wird am Montagmorgen gegen 4 Uhr, von Hannover kommend, wieder in Berlin eintreffen. Von hier aus sollen dann in der nächsten Zeit neue Versuchsfahrten durchgeführt werden. Der neue Schienenzeppelin ist gegenüber dem bisherigen in wesentlichen Punkten geändert worden. Der Propeller ist fortgelassen und an Stelle des Benzinmotors ist ein Rohöl-Motor getreten, der direkt auf die Räder einwirkt. Außerdem soll der neue Wagen länger sein als der erste und mehrere Drehgestelle erhalten, die ein sicheres Durchfahren der Kurven ermöglichen.

Beim Schmuggel erschossen

Sonnabend abend stellte eine Streife von drei Zollbeamten auf der Landstraße bei Türflämühle in der Nähe der Grenze zum Saargebiet mehrere Schmuggler. Auf den Ruf „Hände hoch!“ griff einer der Burshen in die Tasche und zog eine Pistole, die er auf die Beamten anlegte. Einer der Zollbeamten kam ihm zuvor und traf den Schmuggler tödlich. Während sich die Beamten um den Toten bemühten, ergriff ein zweiter der Leute die Flucht und konnte nicht mehr eingeholt werden. Ein dritter Beteiligter wurde festgenommen und untersucht. Man fand in seiner Tasche zwei Flaschen mit der Aufschrift „Gift, Kokain“. Auch bei dem Toten wurden Kokainbehälter gefunden. Der Tote hatte keine Ausweispapiere bei sich, so daß seine Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden konnte.

Großfeuer in der oberfränkischen Stadt Teuschnitz

Die in den letzten Jahren schon wiederholt von schweren Schadenfeuern heimgesuchte Stadt Teuschnitz wurde am Sonntag von einer neuen Feuersbrunst schwer betroffen. Am Nachmittag war in einem Stadel eines Landwirts Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit weiter verbreitete. Es fielen dem Großfeuer vierzehn Wohngebäude und Nebengebäude sowie zwanzig Stadel zum Opfer. Das Teuschnitzer Bezirksamtgebäude, das bereits stark bedroht war, konnte gerettet werden.

Schwere Rodelunfälle im Riesengebirge

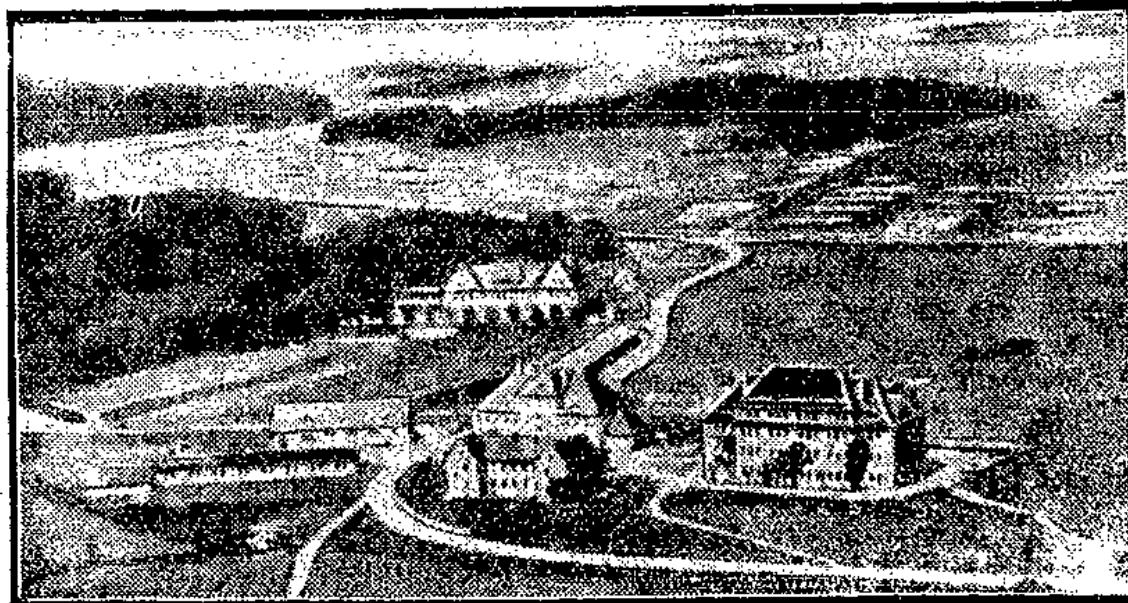
Eine Tote, drei Schwerverletzte

Im Laufe des Sonntagmorgens ereigneten sich auf der Rodelbahn zwischen der Neuen schlesischen Baude und der sogenannten Jackelfall-Baude bei Schreiberhau mehrere schwere Rodelunfälle, die auf die starke Vereisung der Bahn zurückzuführen sind. — So wurde u. a. ein mit drei Personen besetzter Rodelschlitten, über den der Führer die Gewalt verloren hatte, aus der Bahn gegen einen Baum geschleudert. Dabei erlitt eine Dame aus Berlin einen schweren Schädelbruch und verstarb bereits auf dem Transport nach der Jackelfall-Baude. Die anderen beiden Fahrer, ebenfalls aus Berlin, wurden mit Querschnitten und Knöchelbrüchen ins Schreiberhauer Krankenhaus eingeliefert. Der Zustand dieser beiden Verletzten ist sehr ernst.

Mit einem anderen Schlitten verunglückte ein Mitglied des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus Schreiberhau; er trug einen Oberschenkelbruch davon.

Das Konzentrationslager auf dem Heuberg

Auf dem württembergischen Truppenübungsplatz ist ein Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge eingerichtet und in Benutzung genommen. Das Lager bietet Platz für 1500 Gefangene, die von Hilfspolizei unter Leitung der Schutzpolizei beaufsichtigt werden. Die Gefangenen sind in den hier gezeigten Häusern gemeinschaftlich untergebracht und sollen zu geeigneten Arbeiten herangezogen werden.



Die Allgewalt des Geldes

Der amerikanische Schatzsekretär William Woodin (Mitte) zeigt hier zusammen mit dem Vizekanzler James S. Douglas (links) und dem Direktor der Staatsdruckerei in Washington, Alvin W. Hall (rechts) einen Teil der Banknoten, die zur Behebung der Finanznot in den Vereinigten Staaten jetzt gedruckt wurden. Nach den lustigen Mienen dieser Herren zu schließen, hat man nun in Amerika die Krise gebannt.

